

Gesetz den Herren von Kohle und Stahl ein Zugeständnis abgerungen zu haben. Prüfen v^{ir} jedoch, was es wirklich bringt.

Das Mitbestimmungsrecht tastet das alleinige Bestimmungsrecht der Großaktionäre, die das sogenannte Wahlorgan bilden, nicht im geringsten an. Sie haben die volle Möglichkeit, sich in jedem Aufsichtsrat der unter das Mitbestimmungsgesetz fallenden Betriebe eine Mehrheit aus willfähigen Kreaturen zu sichern. Von den elf Mitgliedern dieser Aufsichtsräte darf nur ein Arbeiter und ein Angestellter aus der Grube oder dem Hüttenwerk selbst kommen. Diesen zwei Betriebsvertretern stehen vier Vertreter der Aktionäre, je ein „neutraler Vertreter“ der Aktionäre und der jeweiligen Gewerkschaft, zwei Gewerkschaftsvertreter und ein „überparteilicher“ Vorsitzender gegenüber, bei dessen Bestimmung das Wahlorgan der Aktionäre in jedem Falle das letzte Wort hat. Die beiden Konzessionsschulzen aus der Belegschaft können — sogar wenn sie die Unterstützung der beiden Gewerkschaftsvertreter haben — die berechtigten Ansprüche der Arbeiter niemals gegen die Mehrheit aus Unternehmervertretern, „Neutralen“ und dem Vorsitzenden durchsetzen. Wie das ein „dritter Weg“ zum Sozialismus oder eine „Form sozialistischen Angriffsgeistes“ sein soll, bleibt für jeden Arbeiter mit fünf gesunden Sinnen unerfindlich. Weit- aus zutreffender dürfte ein Eingeständnis sein, das Dr. Schumacher vor der Bundespressekonferenz in Bonn entschlüpft ist:

„Die Mitbestimmung ist auch für die Großunternehmer die beste und letzte Chance.“ („Neuer Vorwärts“, 14. April 1951.)

Die beste Chance für die Großunternehmer, für die Wehrwirtschaftsführer Hitlers, aber kann nie und nimmer eine Chance für die Arbeiter sein. Die ständige Verschlechterung der Lage der Werktätigen in Westdeutschland ist ein überzeugender Beweis dafür.

Trotz Rüstungsproduktion sinkt die Massenarbeitslosigkeit selbst nach offiziellen Angaben nicht unter IV₂ Millionen. Die Rüstungslieferungen haben in der verarbeitenden Industrie in steigendem Maße Curzarbeit und Feierschichten zur Folge. Rund ein Drittel aller Arbeiter und Angestellten hat ein Monatseinkommen von weniger als 100 DM. Die Preise, die Steuern, die Abgaben aber gehen ununterbrochen in die Höhe. Mit dieser ständigen Verschlechterung ihrer Lebenslage bezahlen die westdeutschen Werktätigen die Rüstung Adenauers und die von Dr. Schumacher geforderte „Zentralisierung der Streitkräfte der westlichen Welt auf deutschem Boden“. Darum